Gute Perspektiven für die Hauptstadtregion

07.03.16 | Berlin

Gute Perspektiven für die Hauptstadtregion

UVB-Branchenumfrage: In wichtigen Branchen geht es 2016 bergauf – doch globale Krisen sorgen in der Industrie für Skepsis

(v.l.n.r.) UVB-Geschäftsführer Sven Weickert, UVB-Geschäftsführer Alexander Schirp, UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck und UVB-Pressesprecher Carsten Brönstrup präsentieren den neuen Jahresbericht "Wirtschaft. Wissen. Wachstum." © UVB 2016 / Florian Bolk

Handel, Tourismus, die Gesundheitsbranche, unternehmensnahe Dienstleistungen und die Startup-Wirtschaft werden 2016 die Säulen des Aufschwungs in der Hauptstadtregion sein. Auch der Bau rechnet mit weiterhin guten Geschäften und neuen Aufträgen. Dagegen geht die Industrie in den meisten Bereichen eher von einer Seitwärtsbewegung aus. Das ist das Ergebnis der jüngsten

Konjunkturumfrage der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) unter seinen Mitgliedern. „Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg ist weiterhin gut unterwegs. Einige Branchen schauen aber mit gemischten Gefühlen auf dieses Jahr“, sagte Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck auf der Jahrespressekonferenz am Montag in Berlin. „Es gibt Licht, aber auch Schatten – vor allem wegen der vielen Risiken weltweit.“

Berlins Beliebtheit bei Besuchern dürfte anhalten – Hotels, Gastronomie und Handel rechnen für 2016 mit steigenden Umsätzen und Aufträgen. Die Dienstleistungsbranche ist der Treiber des Aufschwungs in der Hauptstadt. Die rund 54.000 neuen Arbeitsplätze allein im vergangenen Jahr sind vor allem hier entstanden. Auch in der Startup-Wirtschaft geht es weiter bergauf. „Die Branche strotzt nur so vor Optimismus – vor allem, weil Berlin seine Stellung als Gründerhauptstadt festigt. Immer mehr große Unternehmen bauen ihre Digital Units bei uns auf und suchen die Verbindung zur Startup-Szene“, berichtete Amsinck.

Die Zurückhaltung in der Industrie erklärte Amsinck mit den vielen politischen Krisen – vom Krieg im Nahen Osten bis zur angespannten Lage in Europa. „Entscheidend ist, wie robust und widerstandsfähig die Sonderkonjunktur in Berlin sein wird. Es ist nicht auszuschließen, dass das Wirtschaftswachstum 2016 ein paar Zehntel geringer ausfällt, als wir es noch im Januar prognostiziert haben.“ Damals hatte die UVB für Berlin rund zwei Prozent Wachstum vorhergesagt, also mehr als der Bundesdurchschnitt. Brandenburg dürfte erneut etwa im Gleichschritt mit dem Bundestrend wachsen. Das Land profitiert erheblich von der Dynamik Berlins – mittlerweile pendelt jeder fünfte Erwerbstätige zur Arbeit in die Hauptstadt.

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte der Aufbau von Jobs weitergehen. Die UVB rechnet in diesem Jahr mit rund 50.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – 41.000 in Berlin und 9.000 in Brandenburg. In Berlin dürften der Handel (5.600 neue Stellen), Erziehung und Unterricht (4.800), Kommunikationsdienstleister (4.800), das Gastgewerbe (3.800) und die Sozialwirtschaft (2.700) zu den dynamischsten Branchen gehören. In Brandenburg sieht die UVB viel Bewegung in der Sozialwirtschaft (1.200), im Gesundheitswesen (1.100), bei den Pflege-Einrichtungen (900), im Einzelhandel (800) und bei wirtschaftsnahen Dienstleistungen (700).

Diese Entwicklung sei aber kein Selbstläufer, mahnte UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck. Nötig seien zusätzliche Investitionen in die wachsende Stadt – zum einen in die Infrastruktur und in die digitalen Netze. Zum anderen müsse das Bildungssystem besser werden. „Qualifikation ist die entscheidende Voraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt Erfolg zu haben. Wir sehen es daher mit Sorge, dass jeder neunte Jugendliche in Berlin keinen Schulabschluss schafft.“ Ohnehin erfordere die Integration von vielen tausend Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit höhere Ausgaben für Kitas, Schulen und Hochschulen.

Dies müsse mit weiteren Maßnahmen flankiert werden. „Deutsch sprechen zu können ist die Grundvoraussetzung. Dazu müssen wir die Menschen verpflichten“, empfahl der UVB-Hauptgeschäftsführer. Weniger strikte Regeln auf dem Arbeitsmarkt würden die Chancen der Zuwanderer deutlich erhöhen. So müssten Flüchtlinge viel früher als Zeitarbeiter tätig werden dürfen. Auch die Vorrangprüfung müsse wegfallen, welche die Arbeitsagenturen verpflichtet, bei der Besetzung von Stellen zuerst nach deutschen Bewerbern zu suchen. Außerdem sollten Praktikanten erst nach sechs Monaten Anspruch auf den Mindestlohn haben statt wie bislang nach drei. „Dies sollte für alle gelten. Es geht nicht darum, Flüchtlinge und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen“, befand Amsinck.

Das Wachstum Berlins und der Region biete überdies die Chance für eine Trendumkehr in Sachen

Demografie. Amsinck: „Es kommen in erster Linie junge Menschen nach Berlin. Das sorgt für bessere Perspektiven. Und es relativiert bisherige Szenarien über eine schwindende Wirtschaftsdynamik im Zuge des demografischen Wandels.“

Unseren aktuellen Jahresbericht "Wirtschaft. Wissen. Wachstum." finden Sie hier.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] vme-net.de

Download VCF